



## Impfen ist der Weg aus der Corona-Pandemie

In seiner Regierungserklärung appellierte Bundesgesundheitsminister Jens Spahn an die Impfbereitschaft der Menschen. Im Moment sei der Impfstoff zwar noch knapp, doch bis zum Sommer könne allen Bürgerinnen und Bürgern ein Impfangebot gemacht werden, betonte Spahn für die Bundesregierung. Impfen ist der Weg, die Infektions- und Todeszahlen zu senken sowie das Ende des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lockdowns herbeizuführen. Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und den Bundesminister ist es klar, dass niemand in Deutschland zu einer Impfung gezwungen werde.

Spahn betonte in seiner Regierungserklärung, nur wenn die Menschen impfbereit seien, könne man das Virus besiegen. Seit dem Beginn der Impfkampagne sehe man „Licht am Ende des Tunnels“. Obwohl Deutschland angesichts der noch immer hohen Infektions- und Todeszahlen in der schwersten Phase der Pandemie stecke, „erleben wir eine Zeit der Zuversicht“. Der CDU-Gesundheitspolitiker Rudolf Henke ergänzte, für diese Zuversicht gebe es gute Gründe. Die „ruckelnden Prozesse“ beim Start der Impfkampagne hätten sich besser eingespielt.

Weil der Impfstoff auf absehbare Zeit noch ein knappes Gut ist, hatte die Koalition eine Priorisierung beschlossen. Seit dem 27. Dezember werden zunächst ältere Menschen und die Beschäftigten im medizinischen Bereich geimpft. Bislang wurden rund 750.000 Bürgerinnen und Bürger immunisiert, vorzugsweise in Alten- und Pflegeheimen über mobile Impfteams. Danach wird sich das Impfgeschehen stärker in die Impfzentren verlagern. Einen großen Teil der Bevölkerung müsse man jedoch noch „um Geduld bitten“, sagte Spahn.

Der Grund für die Knappheit sind nach Aussage des Ministers fehlende Produktionskapazitäten, nicht fehlende Verträge. Spahn begegnete damit dem Vorwurf, die EU hätte nicht in ausreichendem Maße Impfstoff bestellt, als die Erforschung und Erprobung der Impfstoffkandidaten noch im Gange war. In der EU sind bislang zwei Corona-Impfstoffe zugelassen, der des Mainzer Unternehmens BioNTech in Zusammenarbeit mit Pfizer und der des US-Unternehmens Moderna. Mit weiteren Zulassungen wird bald gerechnet. BioNTech/Pfizer haben die Ausweitung der Produktion schon für Februar angekündigt.

Wo die Organisation anfangs nicht optimal gelaufen sei, wird es täglich besser. Deutschland hat viel für die Ausweitung der Produktionskapazitäten getan. Denn Impfstoff lässt sich leider so leicht nicht herstellen.

Mit deutlichen Worten wandte Spahn sich gegen einen Impfnationalismus. „Kein Land, keine Partei, keine Regierung kann allein dieses Virus besiegen. Es geht nur gemeinsam“, rief er den Abgeordneten zu. Sicher hätten große EU-Länder wie Deutschland und Frankreich auch gesondert Verträge mit den Pharma-Herstellern abschließen können. Ein Alleingang würde aber mit Blick auf den europäischen Binnenmarkt „handfeste negative Folgen“ zeitigen. Außerdem würde er Vertrauen in Europa zerstört. Dass Europa zusammenwache, liege aber im ökonomischen, politischen und sozialen Interesse Deutschlands.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde,



wie schnell bei Twitter, Facebook und Co. aus Worten Taten werden können, hat sich im Nachgang zu den Unruhen am Kapitol in Washington D. C. gezeigt.

Die erschütternde Erstürmung des Kapitols in Washington durch Unterstützer von US-Präsident Trump ist das Ergebnis von Desinformation, Verschwörungstheorien und gezielter Aufhetzung. Die Populisten zerstören stetig den gesellschaftlichen Zusammenhalt und greifen die liberale Demokratie an.

Die Geschehnisse in Washington erinnern mich auch an die Tumulte in Berlin im letzten Jahr, als Demonstranten die Absperrungen am Bundestag gewaltsam aus dem Weg geräumt haben und die Treppe des Reichstagsgebäudes besetzten. Das Einschleusen von Feinden der Demokratie Ende November in den Bundestag war ein weiteres erschreckendes Beispiel.

Dies passiert, wenn gesellschaftliche Gruppen und Meinungsführer den Grundkonsens gemeinsamer Werte, auf denen die freiheitliche demokratische Grundordnung aufgebaut ist, aufkündigen. Die Demokratie ist nicht überall auf der Welt selbstverständlich, sie ist ein hohes Gut, das verletzlich ist und von uns entschlossen geschützt werden muss.

Mit dem im letzten Jahr vom Bundestag beschlossenen Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität haben wir den Schutz verbessert und die Demokratie wehrhafter gemacht. Anbieter sozialer Netzwerke sind nun dazu verpflichtet, strafbare Inhalte an das Bundeskriminalamt zu melden, damit so die Täter besser verfolgt und bestraft werden können.

Auch bei uns machen Populisten und Parteien die demokratischen Institutionen nicht nur in den sozialen Medien von innen und von außen verächtlich und versuchen, die Gesellschaft zu spalten. Wir werden denen, die die Axt an unsere freiheitliche demokratische Grundordnung legen wollen, unmissverständlich und entschieden entgegenreten.

Bitte bleiben Sie gesund!  
Ihr

Dr. Günter Krings, MdB  
Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW  
Foto: Laurence Chaperon

## Neue Wettbewerbsregeln für eine faire Digitalwirtschaft

Bundestag beschließt wichtigstes wirtschaftspolitisches Gesetz dieser Wahlperiode



Am heutigen Donnerstag berät der Deutsche Bundestag abschließend das GWB-Digitalisierungsgesetz (Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen für ein fokussiertes, proaktives und digitales Wettbewerbsrecht 4.0 und anderer wettbewerbsrechtlicher Bestimmungen). Dazu erklärt der zuständige Berichterstatter Dr. Matthias Heider MdB:

„Ein starkes und agiles Kartellrecht ist in Zeiten sich schnell verändernder Märkte unabdingbar. Es muss Märkte auch dort offen halten, wo sich zuletzt ein starker Trend hin zu geschlossenen digitalen Ökosystemen entwickelt hat, die oft im ausschließlichen Einflussbereich eines einzigen Tech-Konzerns stehen. Ein zu spätes präventives Eingreifen des Gesetzgebers könnte letztlich dazu führen, dass die Monopolisierung der Digitalwirtschaft und die Abschottung der Märkte unumkehrbar wird oder sich am Ende nur noch mit Mitteln harter repressiver Maßnahmen des Staates aufbrechen lässt. Dass es so weit kommt, wollen wir als Union unbedingt vermeiden.“

Mit dem GWB-Digitalisierungsgesetz haben wir einen guten Mittelweg gefunden, der Missbrauchspraktiken großer Tech-Konzerne effektiv entgegenwirkt und dem innovativen Mittelstand mehr Entfaltungsspielraum verschafft: Das Bundeskartellamt kann künftig Unternehmen mit überragender marktübergreifender Bedeutung für den Wettbewerb besonders in den Blick nehmen und auf bestimmte, oft zur Wettbewerbsschädlichkeit neigende Praktiken kontrollieren, die im Gesetz aufgelistet sind.

Der Mittelstand profitiert von der gestärkten Rechtssicherheit für Kooperationen und durch die Anhebung der FusionsSchwellenwerte, die mehr Fusionen aus dem Bereich der Fusionskontrolle durch das Bundeskartellamt ausnimmt.

Mit diesem Gesetz sind wir weltweit Vorreiter und Wegbereiter für ein modernes Kartellrecht, das wieder mehr Wettbewerb, Wahlfreiheit und Innovation zulässt.“

*Foto: Laurence Chaperon*

## Entlastung für Eltern mit Kindern im Lockdown

Geld für die Betreuung auch bei der Empfehlung, die Kinder zu Hause zu betreuen

Das Kabinett hat diese Woche eine Formulierungshilfe für die Ausweitung des Kinderkrankengelds beschlossen.

Die Corona-Pandemie und die Verlängerung des Lockdowns stellen Eltern von Kita- und Schulkindern vor große Herausforderungen. Schulen und Kitas sind geschlossen oder setzen die Präsenzpflicht aus und Kitas bieten lediglich eine Notbetreuung an. Oder es gibt die dringende Empfehlung an die Eltern, ihre Kinder trotz geöffneter Kitas zuhause zu betreuen.

In dieser Situation lässt die Bundesregierung und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Eltern nicht allein. In all diesen Fällen können Eltern für die Betreuung ihrer kleinen Kinder ab sofort Kinderkrankentage bei der GKV beantragen. Und zwar insgesamt 20 Tage pro Elternteil. Und das ganz unbürokratisch. Auch dann, wenn sie ihre Arbeit grundsätzlich auch im Homeoffice erledigen könnten. Damit wird eine echte Entlastung für die Eltern, die schon seit Monaten Enormes leisten geschaffen.

Mit der Ausweitung der Kinderkrankentage wird so für Eltern, die ihre Kinder in diesen schwierigen Zeiten zu Hause betreuen, ein ganz wichtiges familienpolitisches Signal gesetzt: Der Bund greift den Eltern mit dem Kinderkrankengeld nicht nur finanziell unter die Arme, wir entlasten sie auch von der – fast nicht machbaren – Herausforderung, Homeoffice, Homeschooling und Betreuung von kleineren Kindern unter einen Hut bekommen zu müssen.

Die neue Kinderkrankengeldregelung sieht vor, dass jedes Elternteil pro Kind im Jahr 2021 insgesamt 20 Arbeitstage in Anspruch nehmen kann, wenn es sein Kind zu Hause betreut. Alleinerziehende können 40 Arbeitstage Kinderkrankengeld in Anspruch nehmen.

Dies gilt unabhängig davon, ob die Eltern im Home-Office arbeiten könnten. Auch Überstunden und Urlaub müssen nicht vorrangig in Anspruch genommen werden. Kinderkrankengeld kann auch dann in Anspruch genommen werden, wenn die Kita zwar geöffnet ist, aber aus Gründen des Gesundheitsschutzes die dringende Empfehlung seitens der Ämter ausgesprochen wurde, die Kinder zuhause zu betreuen.

Familien brauchen für die kommenden Wochen die Sicherheit, dass es eine klare und unbürokratische Unterstützung für ihre Familienarbeit gibt. Mögliche Unklarheiten sind jetzt beseitigt worden. Eine gute Lösung für und im Sinne der Familien.

### Impressum:

Ausgabe Nr. 01/2020,  
14. Januar 2020

**Landesgruppe NRW** der  
CDU/CSU-Fraktion im  
Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-58956  
Fax: 030/ 227-76421

Email:  
[fabian.bleck@cducsu.de](mailto:fabian.bleck@cducsu.de)  
**Redaktion/ V.i.S.d.P.:**  
Karl-Heinz Aufmuth,  
Fabian Bleck